

DIETER KLEIN, MICHAEL WUTTKE

Gerechtigkeit – Maß für alternative Reformen

Was ist Gerechtigkeit und welche Wege könnten zu einer gerechten Gesellschaft führen? Diese Frage ist uralte, heute jedoch brisanter denn je. Gerechtigkeit als Maßstab praktischen Handelns bleibt immer schamloser auf der Strecke. Der Marktökonomie ist sie ohnehin weltenfern. Als Florian Gerster als Chef der Bundesanstalt für Arbeit und oberster Vollstrecker der Hartz-Gesetze im Januar 2004 das Vertrauen des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit verloren hatte und nicht mehr zu halten war, erhielt er eine Abfindung in Höhe von 430.000 Euro. Er wird dafür belohnt, dass unter seiner Leitung die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 36 auf 12 (für Ältere 18) Monate, die Verwandlung der Arbeitslosenhilfe in Arbeitslosengeld II auf einem Sozialhilfeniveau von 345 Euro (Ost 331 Euro) und verschärfte Zumutbarkeitskriterien eingeführt wurden. Arbeitslose sollen so zur Aufnahme jeder, auch noch so schlecht bezahlter, Arbeit gezwungen werden – zur Annahme von Arbeitsplätzen, die es in aller Regel gar nicht gibt!

Berlin, April 2004

Ein neuer Schub des Abschieds von Gerechtigkeit

Die Deklaration der Agenda 2010 durch Bundeskanzler Schröder am 21. März 2003 markierte einen tiefen Einschnitt. Ihre Realisierung hat zu einem wilden Stakkato sogenannter Reformen geführt, die das Gegenteil der Einlösung von sozialer Gerechtigkeit sind. Aber im bedrohlichen Selbstverständnis der Regierungsparteien, der Christdemokraten und der FDP als Wettbewerber um die praktikabelsten Schritte des Abschieds vom Sozialstaat sind sie erst ein bescheidener Beginn.

Diese Entwicklung in Deutschland ist Teil der neoliberalen Offensive zur totalen Verwandlung der Welt in eine Welt-Marktgesellschaft, in der der Profit das Maß aller Dinge ist und Hunderte Millionen Menschen unter die Räder der Konkurrenzmaschinerie geraten.

Dagegen wächst Widerstand. Ausdruck dessen sind der Porto Alegre-Prozess als Abfolge von Weltsozialforen und die

Europäischen Sozialforen, der Aufstieg der globalen kapitalismus- und herrschaftskritischen sozialen Bewegungen, der Beginn einer selbstbewussteren Neuorientierung in vielen Gewerkschaften und ihrer Beteiligung an Kämpfen jenseits unmittelbarer Gewerkschaftsinteressen, die breite Bewegung gegen den Irak-Krieg und auch der Gründungsprozess einer neuen Partei der Europäischen Linken. »Eine andere Welt ist möglich« heißt: »Eine gerechtere Welt ist möglich«.

- 7,3 Millionen Reiche, die im Jahr 2002 über ein Nettogeldvermögen von mehr als 1 Million US-Dollar verfügen, besitzen zusammen ein Finanzvermögen von 27,2 Billionen Dollar (Merrill Lynch/Cap Gemini, Ernst & Young, 2003)
- Die Zahl der schwer Unterernährten in der Welt wuchs von 828,6 Millionen im Jahr 2001 auf 841 Millionen 2002 an. In diesem Jahr verhungerten nach Angaben des World Food Report über 36 Millionen Menschen (UNO-Sonderberichterstatte Jean Ziegler, 2003: 25)
- Weltweit leben 1,2 Mrd. Menschen mit weniger als einem Dollar am Tag (UNDP, 2000).
- In fast 130 Ländern mit 40 Prozent der Weltbevölkerung wird das Ziel der Halbierung der Armut bis 2015 wahrscheinlich nicht erreicht. 52 Länder hatten in den vergangenen 10 Jahren negative Wachstumsraten der Wirtschaft (UNDP, 2000).

Verteilungsgerechtigkeit out – »Leistungsgerechtigkeit« in?

Das den Regierungsparteien, der CDU/CSU und FDP Gemeinsame ist, dass sie Gerechtigkeit weitgehend auf das zurückstutzen wollen, was sie Leistungsgerechtigkeit nennen. Verteilungsgerechtigkeit wird über den Jordan befördert. Sie wird als nachrangig oder überholt abgetan. Und solche Beschneidung wird als »Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs« deklariert: »... wenn Gerechtigkeit nicht als moderne Leistungsgerechtigkeit durchgesetzt wird, dann gibt es kein Mehr an Wohlstand«. So hat Angela Merkel in ihrer Grundsatzzrede »Quo vadis, Deutschland?« ein »veraltetes Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit« vom Tisch wischen wollen. (Merkel, 2003: 7)

Olaf Scholz, der seinen Posten als Generalsekretär der SPD im Januar 2004 räumen musste, auch weil er allzu offenerherzig ausgesprochen hat, worauf die reale SPD-Politik hinausläuft, sieht das ganz ähnlich: »Verteilungsgerechtigkeit. Diese Perspektive wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Wir brauchen einen umfassenderen Begriff von Gerechtigkeit.« (Frankfurter Rundschau, 7. 8. 2003)

Wahr ist, dass Gerechtigkeit mehr ist als Verteilungsgerechtigkeit und dass tatsächlich umfassende Gerechtigkeit auf die Tagesordnung politisch-sozialen Handelns gerückt ist. Zutreffend ist, dass Leistungsgerechtigkeit ein Teil davon ist. Aber wieso in aller Welt sollen wir uns im Namen einer umfassenden Gerechtigkeit von einem ihrer Eckpunkte, dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit, verabschieden?

Über die tausendfache Leistungsfähigkeit der Manager

Und hat das, was Unternehmerverbände und unsere politisch Herrschenden als Leistungsgerechtigkeit verstehen, tatsächlich mit gerechter Belohnung von persönlicher Leistung zu tun?

Das Jahreseinkommen der Firmenchefs der 100 größten US-Unternehmen – im Durchschnitt 37,5 Millionen Dollar – ist in den letzten 10 Jahren vom 39fachen auf das rund 1000fache des durchschnittlichen Einkommens eines Arbeiters gestiegen. (Krugman, 2002) Das durchschnittliche Jahreseinkommen der deutschen Spitzenmanager (bescheidene 1,25 Millionen Euro) übertrifft das des durchschnittlichen Einkommens eines Facharbeiters in der Bundesrepublik nur um das 300fache. Die Jahreseinkommen der Vorstandsmitglieder der 30 größten Unternehmen allerdings (im Durchschnitt 7,77 Millionen Euro und bis zu 13,7 Millionen bei Daimler Benz) weisen eine noch viel größere Differenz nach »unten« auf. (Deutsche Schutzvereinigung, 2003)

Sollte sich der Arbeitstag der Topmanager derart verlängert, ihre Qualifikation derart extrem erhöht und ihre Leistung so außerordentlich vervielfacht haben – im Verhältnis zu ihren Lohnabhängigen, zu arbeitenden Alleinstehenden mit Kindern, zu Ingenieuren und Spitzenforschern?

Wenn Angela Merkel mehr Leistungsgerechtigkeit fordert, meint sie als deren Ausdruck nach eigener Aussage mehr »Leiharbeit, Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, flexibler (d.h. reduzierter – D. K.) Kündigungsschutz, mehr und länger arbeiten« ohne Lohnausgleich und einen breiten Sektor, in dem für die Löhne ein »Niveau etwas über der Sozialhilfe erreicht wird«. (Merkel, 2003: 15) Die bürgerliche Opposition will das gleiche noch radikaler, was die Regierungsparteien ohnehin praktizieren!

Natürlich gehört es zur Gerechtigkeit, dass größere persönliche Leistungen auch zu höheren Einkommen führen. Gerechtigkeit ist keine Gleichmacherei. Im Gegenteil, erst wenn alle sozial gleiche Bedingungen für die Entfaltung ihrer Fähigkeiten hätten, würde sich die Verschiedenheit der Menschen und ihrer Lebensweisen voll entwickeln können.

Ungleichheit dadurch, dass individuelle Leistungen zu unterschiedlichen Anteilen an Einkommen und Einfluss führen, wird erst dann zu unannehmbarer sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, »wenn 1. das Maß der Leistung durch die Herrschenden in ihrem Interesse manipuliert wird, 2. aus solcher Leistung Privilegien und Herrschaft über andere abgeleitet werden bzw. 3. Menschen aufgrund zu »niedriger« Leistung um die Grundgüter ihres Lebens gebracht werden.« (Michael Brie, 2003, in: Klein: 108)

Genau solche Ungerechtigkeit bestimmt die herrschenden Verhältnisse in der Bundesrepublik, im europäischen und globalen Maßstab.

Aus dem Leitantrag des SPD-Parteivorstandes für den Parteitag im Herbst 2001: »Wir Sozialdemokraten stellen auch im 21. Jahrhundert Gerechtigkeit in das Zentrum unserer Politik.«:

- Durch die von SPD und CDU ausgehandelte Gesundheitsreform sollen im Jahr 2004 Kostensenkungen von 9,9 Mrd. Euro und 2007 in Höhe von 23,1 Mrd. Euro erreicht werden, von denen die Versicherten durch Zuzahlungen und Wegfall von Kassenleistungen einseitig rund 20 Mrd. Euro zu übernehmen haben. (Schneider/Schmacke, 2003: 1083)

- Der Grundsatz Lebensstandard sichernder Rentenpolitik wurde aufgegeben, das Durchschnittsrentenniveau soll nach dem Stand vom März 2004 bis 2030 von derzeit 53 auf 46 Prozent abgesenkt werden. Die Unternehmerbeiträge zur Rentenversicherung würden mit der Rentenreform von 2001 zu Lasten privater Versicherung der Arbeitnehmer gesenkt. Bei heraufgesetzten Rentenübergangszeiten soll eine vorzeitige Inanspruchnahme einer gesetzlichen Rente zu Abschlägen bis zu 18 Prozent führen. (Frankfurter Rundschau 9.3.2004)

- Anstelle von Sozialeinkommen soll Arbeitslosen eine »zweite Chance« durch bessere Bildung geboten werden. Ob deshalb die Ausgaben für Weiterbildung gekürzt und Teilnahmegewilligungen nur noch bei 70 Prozent Vermittlungswahrscheinlichkeit gewährt werden?

In dem reichen zivilisierten Europa der 15 sind rund 35 Millionen Menschen oder 15 Prozent der EU-Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze dauerhaft von Armut bedroht (Europäische Kommission, 2003: 152, 153, 175). Nach dem Bericht der Europäischen Kommission »Die soziale Lage in der Europäischen Union« leben 40 Prozent der Arbeitslosen, 38 Prozent der Alleinerziehenden mit unterhaltsberechtigten Kindern, 32 Prozent der allein lebenden jungen Menschen, 24 Prozent der alleinstehenden Frauen und ein großer Teil der Paare mit 3 oder mehr Kindern mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze (Ebenda).

Frauen haben häufiger als Männer ein derartiges niedriges Einkommen. Der Anteil der Kinder unter 16 Jahren in Haushalten mit einem Armutseinkommen liegt mit 19 Prozent um rund ein Viertel höher als der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung (Ebenda: 151).

Menschenrechte und Gerechtigkeit

Umfassende Gerechtigkeit hat ihr Maß in den universellen Menschenrechten, die 1948 mit der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen« und mit den Internationalen Konventionen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über politische und Bürgerrechte zur internationalen Verpflichtung wurden.

Gerechtigkeit existiert dann, wenn jede und jeder die Freiheit hat, über das eigene Leben in sozialer Sicherheit selbst zu bestimmen. Sie ist dann gegeben, wenn die Verwirklichung der Menschenrechte allen Menschen auf der Erde ein Leben ohne Hunger und Obdachlosigkeit in Frieden und gesunder Umwelt sichert, wenn für jede und jeden Einzelnen sozial gleiche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, an existenzsichernder Arbeit, an Bildung und Kultur, an Gesundheitsleistungen und sozialer Sicherheit garantiert ist.

Der Dreh- und Angelpunkt moderner Gerechtigkeit ist folglich die Teilhabegerechtigkeit: Teilhabe aller an den Grundgütern, die ein freies Leben ermöglichen, an den elementaren Freiheitsgütern also.

Freiheit setzt soziale Gleichheit und sie setzt Solidarität voraus, ohne die es diese Freiheit nicht geben wird. Freiheit, soziale Gleichheit und Solidarität sind der Inhalt von Gerechtigkeit.

Eine allein auf die Einkommen bezogene Verteilungsgerechtigkeit ist tatsächlich überholt. Aber auch Einkommensgerechtigkeit ist erst noch zu erkämpfen, wie ein Blick auf die zutiefst ungerechte Entwicklung von Lohneinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zeigt.

Der archimedische Punkt

Einer der geistigen Väter marktradikaler Politik, Friedrich August Hayek, hat solche soziale Polarisierung damit gerech-

John Rawls, der kürzlich verstorbene prominenteste US-Gerechtigkeits-theoretiker:

»Ich behaupte, dass die Menschen im (gedachten) Urzustand zwei ... Grundsätze wählen würden: einmal die Gleichheit der Grundrechte und Grundpflichten; zum anderen den Grundsatz, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, etwa verschiedener Reichtum oder verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft.«

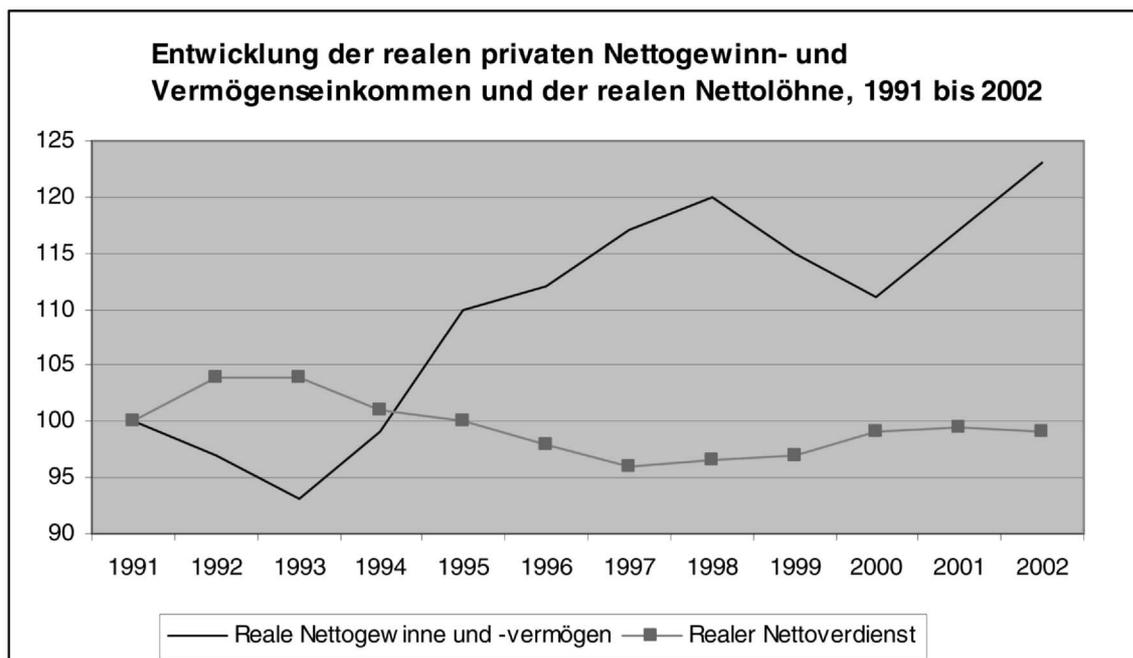
RAWLS, 1991: 31 f)

fertigt, dass der Reichtum im Grunde nichts weiter sei als ein Dienst an den Lohnabhängigen und Armen: »Diejenigen, die die Reichen attackieren, vergessen, dass die meisten von ihnen im Verlaufe des Reicherwerdens Arbeitsplätze schufen und so mehr Leuten geholfen haben, als wenn sie ihr Geld den Armen gegeben hätten.« (Hayek, 1969: 17)

Wolfgang Clement hat aus solcher Sicht die Forderung nach mehr begrenzter gerechter Ungleichheit abgeleitet. Dies sei sogar der »archimedische Punkt in der sozialdemokratischen Programmdebatte« (Clement, 2000). Als Beispiel dafür nannte er privilegierte Steuersenkungen für die Unternehmen, weil dies zu Investitionen in neue Arbeitsplätze und damit zu Verbesserungen für die zunächst Benachteiligten führe, folglich zu mehr Gerechtigkeit für alle durch mehr Ungleichheit.

Tatsächlich dürfen diejenigen sozialen Ungleichheiten als gerecht angesehen werden, die den gemeinsamen Nutzen aller Gesellschaftsmitglieder erhöhen und vor allem jene besser stellen, die durch die bisherige soziale Ordnung diskriminiert werden.

Wissenschaftliche Leistungen von Forschern in der Aids-Bekämpfung beispielsweise können kaum hoch und ungleich genug bezahlt werden. Aber in der Regel führt mehr Ungleichheit zu größerer Ungerechtigkeit und auf keinen Fall selbstläu-



QUELLE: DGB, 2003: Verteilungsbericht 2003: 19. Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

fig zu mehr Gerechtigkeit. Als die südafrikanische Regierung sich 1997 anschickte, ohne Rücksicht auf die Patente der Pharmakonzerne Anti-Aids-Medikamente nachahmen zu lassen und für die arme Bevölkerung bereitzustellen, klagten 39 internationale Pharmaunternehmen dagegen, darunter die deutsche Hoechst Marion Roussel, inzwischen Teil des Aventis-Konzerns. Ihre Profite sind ihnen wichtiger als die Tatsache, dass im Jahr 2005 Aids mehr Todesopfer in Afrika gefordert haben wird als beide Weltkriege zusammen (Werner/Weiss, 2001: 106 ff). Sie wurden erst durch die internationale Solidarität mit der Regierung Mandela zu einem Kompromiss gezwungen.

Auch niedrigere Unternehmenssteuern führen nicht im Selbstlauf zu mehr Arbeitsplätzen, sondern häufig zu Rationalisierungsinvestitionen mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit oder zur Vergrößerung des Spekulationskapitals. Aber welche Arbeitsplätze schaffen die Devisenspekulanten und die Hazardspieler auf den Wertpapiermärkten? Worin soll der Beschäftigungseffekt der 5 Billionen Dollar bestehen, die in Steueroasen der Mitfinanzierung dringlicher gesellschaftlicher Aufgaben entzogen werden?

Der archimedische Punkt in den Kämpfen um einen Richtungswechsel in der Politik heißt im Gegensatz zu Clements Orientierung: Mehr Gerechtigkeit durch mehr soziale Gleichheit. Das gilt für Teilhabegerechtigkeit, d.h. mehr gerechte Teilhabemöglichkeiten für alle an Entscheidungen, Arbeit, Bildung, Leistungen des Gesundheitswesens und sozialer Sicherheit. Und das gilt für Verteilungs- und Einkommensgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Gerechtigkeit zwischen »Nord« und »Süd«.

Eine vollzeittätige Frau in Westdeutschland verdient pro Arbeitsstunde 25 Prozent weniger als ein Mann in Vollzeitarbeit, eine Teilzeitbeschäftigte pro Stunde sogar 30 Prozent weniger. In Ostdeutschland ist dieses Missverhältnis auf niedrigerem Niveau im Vollzeitbereich das gleiche, Frauen in Teilzeitarbeit fallen jedoch noch mehr ab als in Westdeutschland. Die Einkommensrelationen zwischen Frauen und Männern in der Bundesrepublik verschlechtern sich dadurch nochmals, dass Frauen – häufig gegen ihren Wunsch – nur zu einem Drittel an Vollzeitarbeit teilhaben, aber fast 90 Prozent der schlecht bezahlten Teilzeitarbeitsplätze ausfüllen.

(Dackweiler/Hornung 2003: 20)

Gerechtigkeit als Maß für Reformen

Die Pseudoreformen der Bundesrepublik und die »Reform«-pläne der bürgerlichen Opposition fordern dazu heraus, die gesamte so genannte Reformpolitik dem Prüfmaß der Gerechtigkeit zu unterwerfen und Reformalternativen nach diesem Maß zu entwickeln. Ausgewählte Reformalternativen in drei Politikfeldern sollen das verdeutlichen:

1. Reform der Arbeitswelt

Wachsende Ungerechtigkeit ist der Generalnenner der herrschenden Arbeitspolitik. Von der SPD bis zur CSU ist die

Grundidee für Reformen der Arbeitswelt, dass die Kosten der Unternehmen und vor allem die Arbeitskosten gesenkt werden müssten, um Wohlstand und Profite durch Expansion auf den Weltmärkten zu erreichen. Diese »Reform«logik mündet unter dem Vorzeichen der Flexibilisierung in Vorstöße zur Senkung der Stundenlöhne durch Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, Ausweitung des Niedriglohnssektors und Auslöschung von Arbeitnehmerrechten.

Die Leitidee dafür lautet, dass »selbst schlecht bezahlte und unbequeme Erwerbsarbeit besser als transfergestützte Nichtarbeit« sei (Scholz 2003). In Wirklichkeit spaltet dieser antisoziale Typ von »Reformen« die Arbeitswelt gleich doppelt: 1. in gut oder erträglich bezahlte Arbeitsplatzbesitzer und »working poor«, das heißt Lohnabhängige, deren Arbeit nur für Armut reicht, und 2. in Arbeitsplatzbesitzer und einen beachtlichen Teil der Bevölkerung, dem kaum noch Hoffnung auf Arbeit bleibt. Die Hartz-Gesetze – besonders die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Ersetzung der Arbeitslosenhilfe durch ein Arbeitslosengeld II in der Nähe der Sozialhilfe – bedeuten Entlassung beachtlicher Teile der Bevölkerung in die soziale Ausgrenzung ohne Arbeit oder unter diesem Druck das Willkommen für sie unter den arbeitenden Armen.

Die Lohnnebenkosten werden zudem zur Entlastung der Unternehmerseite durch zunehmende Abwälzung von Gesundheitskosten auf die Patienten und Teilprivatisierung der Altersvorsorge niedrig gehalten.

Diese Politik wird entgegen verbreiteten Verheißungen nicht via Wachstumsbeschleunigung in Wohlfahrt und Gerechtigkeit für alle umschlagen, weil sie auch ökonomisch irrational ist – indem sie die Massennachfrage auf den Binnenmärkten und damit das Wirtschaftswachstum begrenzt.

Mehr Gerechtigkeit ist dagegen der Generalnenner alternativer Arbeitspolitik:

- Alternative Arbeitspolitik beruht zunächst auf der Stärkung der Nachfrage am Binnenmarkt. Dazu gehören die gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen wie in Frankreich als Damm gegen die Ausbreitung von Niedriglöhnen, die Verteidigung der Flächentarifverträge und eine Erhöhung der seit Anfang der 80er Jahre sinkenden Lohnquote. Nicht selten gibt die unqualifizierte Arbeit nicht qualifizierbarer Arbeitnehmer existenzsichernde Mindestlöhne nach dem Maß des Profits nicht her. In diesem Fall wird die Gesellschaft über die öffentliche Hand die Differenz zu einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung zu tragen haben – weil zur Gerechtigkeit Solidarität gehört.

- Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur erfordern ein öffentlich finanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm, das auch die Nachfrage stärken würde. Was vor Ort für einen gerechten Wandel der Gesellschaft am dringlichsten ist, wissen allerdings die am besten, die dort leben. Ihre Beteiligung an den Entscheidungen über die Verwendung der Ressourcen – zum Beispiel in partizipativen Bürgerhaushalten – ist eine Grundbedingung für mehr Gerechtigkeit auf der Suche nach Arbeit für alle.

Weniger als sieben Prozent der Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren haben einen Kinderkrippenplatz – mit allen Negativwirkungen im Übrigen auch auf die Geschlechtergerechtigkeit. Nur 25 Prozent aller Kindergartenplätze in Deutschland sind Ganztagsplätze, die – bei entsprechender Qualifikation des Kita-Personals – so wichtig für die Ausbildung gleicher Sprachkompetenz ebenso wie für berufstätige Frauen und Männer sind. Das ist ein gravierender Rückstand zu vielen anderen Ländern, z. B. zu »Schweden (Ganztagsplätze für 100 Prozent der 1- bis 5jährigen), Finnland (Ganztagsplätze für 80 Prozent der 3- bis 6jährigen), aber auch Italien (Ganztagsplätze ebenfalls für etwa 80 Prozent der 3- bis 6jährigen).« (Kluge 2003: 130)

Der vorschulische Kinderbetreuungsbereich wird im OECD zu 17,3 Prozent privat finanziert, in Deutschland extrem abweichend zu 37 Prozent, unter anderem mit der Folge unterdurchschnittlicher Teilhabe von Kindern Arbeitsloser in Vorschuleinrichtungen.

Während 1998 53 Prozent der Kinder von Selbstständigen und 64 Prozent der Beamtenkinder in Deutschland Hochschulen besuchten, waren es nur 12 Prozent der Arbeiterkinder (KLEMM, 2002: 24).

- Dringlich ist ferner eine gerechte Umverteilung von Arbeit – auch zwischen Männern und Frauen – durch tarifvertraglich vereinbarte, genügend flexible Arbeitszeitverkürzung bei differenziertem Lohnausgleich. Sozial vollwertige Absicherung von mehr freiwilliger Teilzeitarbeit und des freiwilligen Wechsels zwischen bezahlter Erwerbsarbeit, nicht bezahlter Familien- und gemeinnütziger Arbeit sowie Qualifizierungszeiten in bestimmten Lebensphasen zugunsten bisher nicht Beschäftigter könnten erheblich an Gewicht für die Verminderung der Arbeitslosigkeit gewinnen. Das bedeutet: Ja zur Flexibilisierung, aber zu einer solchen, die weitgehend von den Beschäftigten selbst bestimmt wird, und zu einer Arbeitszeitpolitik, die Arbeit und Familie für Frauen und Männer vereinbar macht.
- Unverzichtbar sind Investitionen in sozial gleiche Teilhabe an Bildung für alle als Grundbedingung für Chancen auf dem Arbeitsmarkt anstelle der skandalös ausgeprägten Abhängigkeit der Bildung in Deutschland von der jeweiligen sozialen Herkunft.

Eine solidarische Ökonomie kann auf unterschiedliche Weise entstehen und hat viele Gesichter: Verwandlung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM und SAM) in selbstbestimmte, langfristig geförderte Projekte; Nutzung kommunaler Mittel für die Bildung von Kiez-, Sozial- und anderen Genossenschaften, deren Träger bisher Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger sind; Projekte gemeinsamer alternativer Lebens-, Arbeits- und Wohnformen; Tauschringe; regionale Beschäftigungsprojekte; Bündelung lokalen und regionalen Wissens in Kommunalen Foren zu gemeinnützigen Projekten und neuen Beschäftigungsfeldern; Nachbarschaftsläden zur Förderung ökonomischer Selbsthilfe vor Ort; Bewohnerbeteiligung an Stadtteilanierungsvorhaben; Landnahme durch Bewegungen landloser Bauern wie in Brasilien.

- Innovative Förderung von Netzen kleiner und mittlerer Unternehmen auf regionaler Ebene und ihrer Verflechtung mit Wissenschaftseinrichtungen vermag Arbeits-, Technologie- und Regionalpolitik beschäftigungswirksam zu verknüpfen.
- Neue Arbeitsplätze sind von ökologischem Umbau und in großem Umfang von der Erweiterung sozialer Dienstleistungen zu erwarten.
- Die Verteidigung öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlich geförderter Non-Profit-Arbeit gewinnt gegen die neue Welle der Privatisierung und Regulierung größte Bedeutung für Beschäftigung und Wohlfahrt und gegen soziale Ausgrenzung.
- Zu den erst in Anfängen erkundeten Alternativen in der Arbeitswelt gehört eine solidarische Ökonomie von unten. (Economic Solidarity Group of Quebec, 2003: 91 ff; Bauhaus Dessau, 1996; Klein, 2003: 316 ff) Weltweit gelten mehr als zwei Milliarden Menschen vom Standpunkt der Marktregeln als überflüssig. Ihre Arbeitskraft wird nicht gebraucht. Ihre Kaufkraft ist für die Märkte fast oder gänzlich belanglos. Selbst in Europa leben 36 Millionen Menschen dauerhaft in prekären Verhältnissen am Rande der Gesellschaft (Europäische Kommission, 2004: 152). Der Markt ist ihr Verderben, nicht ihre Rettung. Der »aktivierende Staat« übt Druck auf sie aus, Arbeit zu fast jeder Bedingung anzunehmen – aber selbst solche Arbeit ist für Millionen gar nicht da. Sie sollen eine »zweite Chance« bekommen. Aber schon eine erste ist für wachsende Teile der Bevölkerung nicht zu haben.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bereitet im Rahmen ihres Global Social Trust ein Pilotvorhaben zur Einführung einer Grundsicherung/Unterstützung von nicht-arbeitsfähigen Armen in den Entwicklungsländern vor. Sie will erreichen, dass dafür pro Kopf der Bedürftigen 5 Euro durch die reichen Länder aufgebracht werden.

Weltweit können rund 870 Millionen Menschen ohne Arbeit oder in extremer Unterbeschäftigung nicht darauf warten, durch Märkte, von denen sie ausgeschlossen sind, von verfallenen Staaten oder von reichen Ländern auf wundersame Weise Arbeit zu bekommen. Gerechtigkeit ist kein Segen von oben. Sie muss von unten erobert werden. Das ist die Philosophie einer solidarischen Ökonomie, in der Selbstbestimmung und Konsensuche, Kooperation und Gleichberechtigung wichtige Werte sind.

2. Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme

Das Markenzeichen der herrschenden Sozialpolitik ist wie das der Arbeitsmarktpolitik eine wachsende Ungerechtigkeit. Ihre Grundidee besteht darin, die Kostenanteile der Unternehmer an der Finanzierung der sozialen Sicherung zu senken und die Vorsorge gegen Lebensrisiken fortschreitend zu privatisieren. Anthony Giddens, einer der führenden Theoretiker der Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie, hat über deren Haltung zum Sozialstaat offenherzig bekundet: »Der Wohlfahrtsstaat

ist prinzipiell undemokratisch, denn er beruht auf der Umverteilung von oben nach unten.« (Giddens, 1999: 132)

Der Sozialstaat soll zum »aktivierenden Staat« umgebaut werden. Die Sozialeinkommen sollen reduziert werden, um den Bürgerinnen und Bürgern mehr Selbstverantwortung und private Risikoversorge abzunötigen. Erhöhte Bildungsausgaben sollen ihre Chancen dafür vergrößern.

Aber unbeantwortet bleibt, warum die unbestrittene Dringlichkeit der Bildungsförderung eine Rechtfertigung für den Abbau des Solidarprinzips in den sozialen Sicherungssystemen und staatlicher Daseinsvorsorge sein soll.

Mehr Gerechtigkeit – das bestimmt auch die Reformalternativen zur Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme:

- Eine Grundforderung sollte die schrittweise Einführung einer steuerfinanzierten und bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung als individueller, unbedingter Rechtsanspruch auf ein Einkommen in Höhe von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens (derzeit 750 Euro) sein – beginnend beispielsweise mit einer Grundsicherung für Kinder oder für Arbeitslose.

Für die vielen, die unverschuldet kein regelmäßiges Einkommen haben, die sich von Maßnahme zu Maßnahme (ABM, SAM, Qualifizierungen und Umschulungen) hangeln und schließlich beim Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau landen, wäre eine solche Grundsicherung ein Rettungsanker. Sie wäre ein Rückhalt für ein Nein der Lohnabhängigen zu unzumutbaren Arbeitsangeboten ohne die Gefahr des vollständigen sozialen Absturzes. Dies wäre eine Chance für sie, sich befreit von absoluter Unterwerfung unter verschärfte Zumutbarkeitsregeln an der Suche nach dem Aufbau funktionierender regionaler Wirtschaftszusammenhänge von »unten« zu beteiligen – zumindest für viele abgeschlagene Randregionen vielleicht die einzige Chance.

Eine bedarfsorientierte Grundsicherung stünde für eine Kern-

substanz von Gerechtigkeit: dass allen Menschen das Lebensnotwendige als ihr elementares Recht zusteht – einfach weil sie Menschen sind.

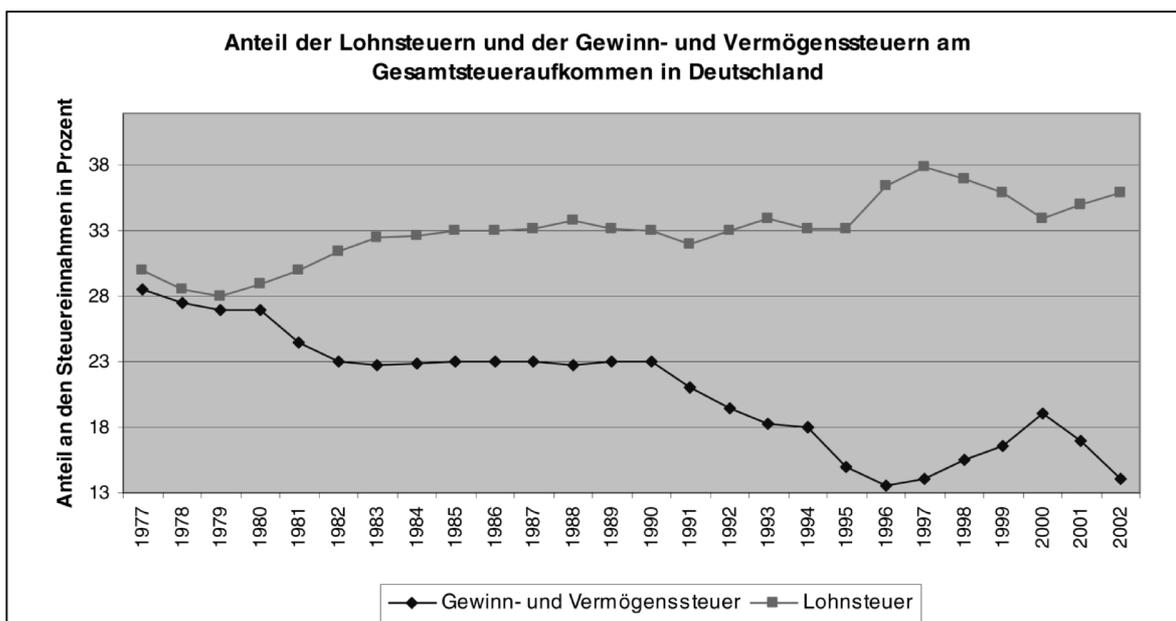
- Die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme erfordert die Ausweitung ihrer Finanzierungsbasis in einer Bürgerversicherung dadurch, dass alle, die in die Pflichtversicherung bisher nicht einbezogen sind, sie solidarisch mittragen. Dem Maß der Gerechtigkeit entspräche ferner ein Ansteigen der Pflichtbeiträge bei höheren Einkommen ohne die heute geltende Grenze, von der an die Beiträge gleich bleiben. Gerecht wäre ferner, dass auch hohe Einkommen aus Geldvermögen, Miet- und Pachtzahlungen beitragspflichtig werden.

3. Steuerreform

Wer Reformen vorrangig als Reduzierung von Sozialleistungen versteht, kann große Unternehmen und Vermögen getrost steuerlich entlasten und aus ihrer Gemeinwohlpflichtigkeit entlassen. Die langfristige Entwicklung der Steuern in der Bundesrepublik ist ein Musterbeispiel daraus resultierender zunehmender sozialer Ungerechtigkeiten.

Die Aussetzung der Vermögenssteuer führte von 1997 bis 2003 zu Steuerausfällen von rund 50 Mrd. Euro. Die Körperschaftsteuer wurde so verändert, dass anstelle von 23,6 Mrd. Euro Steuereinnahmen im Jahre 2000 in den drei Jahren danach zusammen nur noch 9,8 Mrd. in die Staatskasse flossen.

Die gegenwärtige Steuerpolitik entlastet auch geringere Einkommen – und belastet sie im Gefolge immer neuer Sparrunden in der Haushaltspolitik umso mehr. Vor allem führt sie zur weiteren Senkung der Steuern für große Unternehmen und auf große Vermögen. Die Gerechtigkeitslücke wächst: Von 1998 bis zum Abschluss der rot-grünen Steuerreformen im Jahre 2005 werden sich die Steuern für ein Ehepaar mit einem Einkommen bis zu 20.000 Euro um 1.170 Euro verringern, für ein



Quelle: Statistisches Bundesamt. Volkswirtschaftliches Gesamtrechnung. Berechnungen von ver.di, 2004: Steuergerechtigkeit! Staatsfinanzen stärken Argumente 07

Ehepaar mit zwei Kindern um 2.166 Euro (ver.di, 2004). Die rund 20.000 Einkommensmillionäre der Bundesrepublik werden pro Kopf im Durchschnitt 103.588 Euro weniger Steuern zahlen. Sie werden mehr geschenkt bekommen als die meisten verdienen. Nach dem Steuervorschlag von Friedrich Merz (CDU) soll ein »Durchschnittsmillionär« sogar um 162.000 Euro entlastet werden (ver.di, 2004).

Emanzipatorische Reformalternativen erfordern eine Umkehr der gegenwärtig bestimmenden von unten nach oben verlaufenden Umverteilung:

- Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer würde bei einem Freibetrag von 500.000 Euro und einem erheblichen Freibetrag für Betriebsvermögen (ver.di, Dez. 2003: 14) sowie einem Steuersatz von 1 Prozent jährlich 15,9 Mrd. Euro Einnahmen erbringen (Bach/Bartholmai, 2002).
- Selbst eine in Maßen erneuerte Erbschaftssteuer auf Großvermögen könnte bei realitätsnaher Neubewertung von Grundstücken und Häusern und steuerfreier Vererbung von Einfamilienhäusern jährlich 3,6 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen ermöglichen (Ebenda).
- Die Korrektur der erst ab 2001 eingeführten Neuregelung für Körperschaftssteuern von Aktiengesellschaften und GmbHs würde zu jährlichen Steuermehreinnahmen von etwa 8 bis 10 Mrd. Euro führen (ver.di, Dez. 2003: 4/Jan. 2003: 7).
- Ein Abwenden der beschlossenen Senkung des Spitzensteuersatzes ab 2005 von 48,5 auf 42 Prozent würde den jährlichen Verlust von 6 Mrd. Euro verhindern (ver.di, Jan. 2003: 9).
- In der rot-grünen Steuerreform 2000 waren 49 Schritte zum Abbau von Steuervergünstigungen geplant. Ein Fünftel der Maßnahmen, die bis zum Jahr 2006 3,5 Mrd. Euro mehr Steuern erbracht hätten, wurden unter dem Druck von Unternehmerverbänden, CDU/CSU und FDP wieder zurückgenommen. Die Rücknahme der Rücknahme wäre nur das, was selbst SPD

"Eine Reise von tausend Meilen beginnt auch nur mit einem Schritt."

und Grüne schon einmal für notwendig gehalten hatten. Beispielsweise werden Spekulationsgewinne nur zu 7,5 Prozent versteuert – im Vergleich zu einer Abschlagsteuer auf Zinsen von 30 Prozent.

Allein die Neuregelung der Vermögenssteuer, der Erbschafts- und der Körperschaftssteuer würde Steuermehreinnahmen von rund 30 Mrd. Euro im Jahr ermöglichen. Deutschland liegt mit einer Steuerquote von 20,7 Prozent im unteren Drittel der OECD-Länder. Überdies würde eine solche Korrektur zum Teil nur früher geltende Regelungen wieder herstellen. Sie darf daher als realistische Forderung gelten, die das Tor zu mehr Gerechtigkeit wenigstens um einen Spalt öffnen und einen gewissen finanziellen Spielraum für einen Richtungswechsel von Reformen nach dem Maß der Gerechtigkeit bieten würde.

Einstiegsprojekte

Gerechtigkeit erfordert auf vielen Politikfeldern weitere und gewiss umfassendere als die hier skizzierten alternativen Reformvorschläge. Zugleich ist es jedoch sinnvoll, über wenige Projekte des Einstiegs in einen anderen Entwicklungsweg der Bundesrepublik und der Europäischen Union nachzudenken. Solche Einstiegsprojekte sollten einigen wichtigen Kriterien genügen. Sie müssen realistisch sein, also machbar, zu Verbesserungen für möglichst viele Lohnabhängige und sozial Benachteiligte führen, dadurch mobilisierungswirksam sein und zugleich geöffnet für weiterreichende Entwicklungen, die von der Vision einer gerechten Gesellschaft bestimmt sind.

Einstiegsprojekt Nr. 1 in einen Richtungswechsel der Politik und des Reformprozesses – Wachstum und Beschäftigung:

Ein ökologisch verträgliches Wachstum muss her – insbesondere für Ostdeutschland ist eine Umkehr notwendig: zu stärkerer staatlicher und Bürgerverantwortung für die politische Gestaltung der Entwicklung:

- Massenkaukraft stärken,
 - Stärkung der Kommunalfinanzen im Rahmen eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms für Arbeit, Bildung, öffentliche Daseinsfürsorge und Innovation,
 - darauf gestützte, von den Bürgerinnen und Bürgern stark mitbestimmte beschäftigungsorientierte Regionalentwicklung,
 - Beschäftigungswirksame und umweltfreundliche Förderung von Vernetzungen kleinerer und mittlerer Unternehmen miteinander und mit Wissenschaftseinrichtungen.
- Aber Wachstum löst nicht alle Probleme. Daher:
- Arbeitszeitverkürzung, gerechte Verteilung der Arbeit, auch zwischen Männern und Frauen.

Einstiegsprojekt Nr. 2:

Bürgerversicherung als Pflichtversicherung für alle und schrittweise Einführung einer steuerfinanzierten bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung als Bürgerrecht – dies könnten die beiden Eckpunkte einer Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme nach dem Maß der Gerechtigkeit sein.

Einstiegsprojekt Nr. 3:

Steuergerechtigkeit ist das Gebot, um der Gesellschaft ökonomische Entscheidungsfreiheiten für Reformalternativen zu eröffnen – Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Neuregelung der Erbschafts- und der Körperschaftssteuer als erste Schritte. Umverteilung von oben löst nicht alle Probleme, ist aber für eine gerechte Lösung von Problemen unverzichtbar.

Gerechtigkeit wird global erreicht oder gar nicht:

- Das United Nations Development Programme (UNDP) und UNICEF schätzen die Kosten des Zugangs ausnahmslos aller Erdbewohner zu Grundbildung, wichtigsten Gesundheitsleistungen, Ernährungssicherung, Trinkwasser und elementaren Sanitäreinrichtungen auf jährlich 80 Mrd. US-Dollar in den kommenden 10 Jahren.

- 1999 entsprach die Entwicklungshilfe der Industrieländer in Höhe von knapp 50 Mrd. US-Dollar nur 0,24 Prozent ihres Bruttosozialprodukts. Würden sie ihrer ursprünglichen Verpflichtung gemäß dem Beschluss der Vereinten Nationen nachkommen, Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts zu leisten, ergäbe dies rund 150 Mrd. Dollar jährlich.
- Schon eine Spekulationssteuer auf grenzüberschreitende Finanztransaktionen von 0,1 Prozent würde pro Jahr rund 100 Mrd. US-Dollar Steuereinnahmen erbringen (Toussaint/Zacharie, 2003: 33).
- Die jährlich zur Lösung der elementarsten Weltprobleme erforderlichen 80 Mrd. Dollar entsprechen nur wenig mehr als einem Sechstel der US-Militärausgaben im Jahr 2004 (KONVERSIONSZENTRUM BONN/ BICC, 2002).

Eine andere Welt ist möglich – wenn internationale Solidarität für mehr Gerechtigkeit sorgt!

Literaturverzeichnis

- BACH, STEFAN/BARTHOLMAI, BERND, 2002: Perspektiven der Vermögensbesteuerung in Deutschland. edition der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf
- BAUHAUS DESSAU/EUROPÄISCHES NETZWERK FÜR ÖKONOMISCHE SELBSTHILFE UND LOKALE ENTWICKLUNG, 1996: Wirtschaft von unten. Dessau
- CLEMENT, WOLFGANG, 2002: Durch innovative Politik zu gerechterer Teilhabe. HYPERLINK <http://archiv.spd.de/events/grundwerte/gerechtigkeit.html>
(Stand: 11.04.2004)
- DACKWEILER, REGINA-MARIA/HORNUNG, URSULA (Hrg.), 2003: frauen – macht – geld. Münster
- DEUTSCHE SCHUTZVEREINIGUNG FÜR WERTPAPIERBESITZ HYPERLINK <http://www.dsw-info.de/index.php?id=234> (Stand: 11.04.2004)
- ECONOMIC SOLIDARITY GROUP OF QUEBEC, 2003: Resist and Build. In: Fisher, William F./ Ponniah, Thomas: An other World is possible. London/New York
- EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2004: DIE SOZIALE LAGE IN DER Europäischen Union 2003. http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/dataset/print-catalogue/DE?catalogue=Eurostat&product=KE-AG-03-001_-_N-DE (Stand: 11.04.2004)
- EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2003: Die soziale Lage in der Europäischen Union. Brüssel
- HAYEK, FRIEDRICH AUGUST, 1969, in: Wirtschaftswoche v. 11. Januar
- KLEIN, DIETER (Hrg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Berlin
- KLEMM, KLAUS, 2002: Chancenungleichheit in der Bildung. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- KLUGE, JÜRGEN, 2003: Schluss mit der Bildungsmisere. Frankfurt a. Main
- KONVERSIONSZENTRUM BONN (BICC), 2002: Conversion Survey. Bonn
- KRUGMAN, PAUL, 2002: For Richer. In: New York Times, 20. Okt.
- MERKEL, ANGELA, 2003: Quo vadis, Deutschland? In: UIC, Nr. 31, 2. Okt.
- MESSNER, DIRK, 2002: Armut und Reichtum in der Welt. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung. H. 274
- RAWLS, JOHN, 1991: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. Main
- SCHNEIDER, WERNER/SCHMACKE, NORBERT, 2003: Die Reform der Reformen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 9
- SCHOLZ, OLAF, 2003: Abschied von der Verteilungsgerechtigkeit. In: Frankfurter Hefte Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, Heft 9/2003
- TOUSSAINT, ERIC/ZACHARIE, ARNAUD, 2003: Abolish the Debt in Order to Free Development. In: Fisher, William F./ Ponniah, Thomas: An other World is possible. London/New York
- VER.DI, 2002: Steuervampire? Dezember. Berlin.
- VER.DI, Jan. 2003: Steuerausfälle ohne Ende. Wirtschaftspolitische Informationen 1/03. Berlin
- VER.DI, 2003: Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer. Dezember. Berlin
- WERNER, KLAUS/WEISS, HANS, 2001: Schwarzbuch Markenfirmen. Wien/Frankfurt a. Main
- ZIEGLER, JEAN, 2003: System der Beutejäger. In: Berliner Zeitung v. 9. Sept.
- UNDP, 2000: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000. New York
- UNDP, 2002: Bericht über die menschliche Entwicklung 2002. New York